



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

x: Politischer Monatsbericht.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Wenn man den Werth einer Sache nach ihrem Erfolg beurtheilen müßte, so wäre der Port-Royalismus zu verdammen. Aber er ist nicht gestorben, er ist nicht untergegangen in den Stürmen der Zeit, er lebt in der Geschichte. Bei den Port-Royalisten ist es eben der Character weit mehr als das Talent, welches zur Bewunderung auffordert. Diese Menschen waren rein im Leben wie in ihren Sitten. Man drückt sie, man ermahnt sie; man bedroht sie, man bittet sie. Nein, antworten sie, lieber sterben, als gegen unser Gewissen handeln. „Die Wahrheit“ ist ihr Panier. Port-Royal wäre todt, wenn nicht der Geist lebendiger Frömmigkeit, der erhabene Geist eines Pascal, Sacy, Lancelot und vieler Anderer der Nachwelt für immer geblieben wäre.

Politischer Monatsbericht.

× Leipzig, Ende Juli.

Während die parlamentarischen Körperschaften Englands, Frankreichs, Italiens und Ungarns durch den gesammten Juli in Thätigkeit waren, haben wir Deutschen schon seit einigen Wochen unsere politischen Ferien angetreten. Die am Ausgang des vorigen Monats abgehaltene Feier des wormser Lutherfestes beschloß das mühevollste erste Jahr norddeutschen Bundeslebens und gönnte den Volksvertretern, welche als Mitglieder des preussischen Landtags, des Reichstags und des Zollparlaments Monate lang beschäftigt gewesen waren, die verdiente Ruhe. Diese Ruhe ist auch denen zu Theil geworden, welche an der Arbeit keinen Antheil gehabt hatten, denn sie hatte sich auf fast alle Gebiete unseres öffentlichen Lebens ausgedehnt und zwar so vollständig, daß es selbst an Anzeichen dafür fehlt, unter welchen Auspicien der nächste parlamentarische Feldzug wieder aufgenommen werden wird. Gelegentliche Mittheilungen über die größeren oder geringeren Inconvenienzen, welche sich bei Gelegenheit der Einführung neuer Bundesgesetze herausgestellt haben, Ermägungen über das Defizit in den Bundeseinnahmen, bairisch-württembergische Verhandlungen wegen Herstellung einer süddeutschen militärischen Centralcommission oder doch Gerüchte von solchen Verhandlungen, Erörterungen über den Ausfall der letzten württembergischen Landtagswahlen, ungeduldige Wünsche oder gutmüthige Hoffnungen für Verwirklichung der in Preußen verheißenen administrativen Decentralisation, gelegentliche Stoßseufzer der Particularisten und Legitimisten darüber, daß die auf das wiener Schützenfest gesetzten Hoffnungen getäuscht worden sind — das ist Alles, was großen und kleinen Zei-

tungen während vier langer Wochen behufs Ausfüllung der Rubrik „Deutschland“ zur Disposition gestanden hat. Selbst von herrschenden Stimmungen, Sympathien und Antipathien hat kaum die Rede sein können; unter dem Eindruck der Ermüdung war die parlamentarische Campagne beschlossen worden, Stichworte, welche sich von der Menge wiederholen ließen, gab es keine, die Zeit der politischen Festturniere ist — hoffentlich für immer — vorüber und die Masse macht von der ihr gewordenen Möglichkeit sich einmal nicht um Politik zu kümmern, nach Kräften und bereitwillig Gebrauch. Mit den Regierungen scheint es ähnlich zu stehen: von Vorlagen für den nächsten preussischen Landtag verlautet noch Nichts, in Baiern sucht Fürst Hohenlohe die versöhnliche Stimmung, in welcher seine Partei vom Zollparlamente Abschied nahm, zu fixiren, in Württemberg freut man sich der glücklichen Lage, noch mehrere Monate lang ohne ein Parlament regieren zu können, dessen Zusammensetzung vom Regierungsstandpunkte aus manches zu wünschen übrig läßt, das badische Cabinet führt in Veranlassung der Neubesezung des freiburger Episcopats den gewohnten kleinen Krieg mit den Ultramontanen fort, in Hessen-Darmstadt steht die Regierungsmaschine völlig still, seit Herr v. Dalwigk auf Reisen ist. Niemand weiß zu sagen, ob diese Zeit der Ruhe den in das Volksbewußtsein gestreuten Saaten, aus welchen das deutsche Brod der Zukunft gebacken werden soll, günstig sein wird oder nicht, das Volk ist sich für eine Weile selbst überlassen und hat alle Zeit seine jüngsten Erlebnisse fruchtbar zu machen oder — zu vergessen.

Die Frage nach dem Zustandekommen der bairischer Seite in Aussicht genommenen ständischen Militärcomission für die süddeutschen Staaten wird beim Wiedereintritt der politischen Jahreszeit wahrscheinlich im Vordergrund der deutschen Interessen stehen. Für den Augenblick entbehrt sie noch der Farbe, nach welcher eine Beurtheilung möglich wäre. Die Wahrscheinlichkeit scheint indessen dafür zu sprechen, daß es sich nicht um die Schaffung eines festen Punktes zur Anlegung süddeutscher Bundeshebel, sondern um ein Institut handelt, das den Regierungen der Länder jenseits des Main die Möglichkeit schaffen soll, ihre militärischen Reformen in einheitlicher Weise zum Abschluß zu bringen und den kriegerischen Einrichtungen des norddeutschen Bundes wenigstens soweit zu conformiren, daß die abgeschlossenen Schutz- und Trutzbündnisse wirklichen Sinn und praktische Bedeutung erhalten. Schon daß Fürst Hohenlohe die Initiative zu den bezüglichen Verhandlungen oder Vorverhandlungen ergriffen hat, spricht zu Gunsten dieser Auffassung und unter den gegebenen Umständen hat eigentlich nur diese überhaupt einen Sinn. Hessen-Darmstadt ist glücklicher Weise nicht mehr in der Lage zur Errichtung einer specifisch-süddeutschen Armee die Hand bieten zu können, Baden hat seine Stellung zur Sache durch Anstellung des General v. Beyer deutlich genug bekundet,

um Mißverständnisse auszuschließen und daß Württemberg und Baiern mit einander allein auszukommen versuchen wollten, scheint trotz Herrn v. Arn-
bühler undenkbar. Daß die großdeutschen und die völlig undeutschen
Demokraten des Südens sich nach Kräften sträuben werden, dem Zustande
süddeutscher Wehrlosigkeit ein Ende zu machen, versteht sich von selbst
— aber ihre Theorie von der Nothwendigkeit eines Anschlusses an die
Schweiz und deren Militärssystem gilt selbst an der Stätte ihres Ursprungs
allen halbwege vernünftigen Leute für die Ausgeburt vollständiger Begriffs-
verwirrung und politischen Wahnsinns; wichtiger wird sein, welche Stellung
die an die bairische Regierung gelehnten, wie es scheint in numerischer Zu-
nahme begriffenen Mittelpartheien zu diesem Unternehmen einnehmen. Aus
der Mitte derselben hat sich neuerdings eine Stimme vernehmen lassen, (vgl.
das neueste Heft der Cotta'schen Vierteljahrsschrift: „Das erste deutsche Zoll-
parlament,“) welche deutlich bekundet, daß der süddeutsche Ultriliberalismus, die
große Summe derer, denen es an dem sittlichen Muth fehlt, sich auf den
Boden der Thatfachen von 1866 zu stellen und die doch zu gebildet sind
um die Thorheiten der Beobachterparthei mitmachen zu können — noch voll-
ständig um eine Formel dafür verlegen ist, wie sie die nächste Zukunft ge-
staltet wissen will. Desto berechtigter erscheint die Hoffnung, daß diese Summe
von Männern (Parthei kann man nicht sagen) die Regierungen in dem Be-
streben unterstützen werde, mindestens der dringenden Forderung nationaler
Wehrhaftigkeit gerecht zu werden. Das in der „Vierteljahrsschrift“ aufgestellte
Programm ist einer solchen Lösung um so günstiger, als dieselbe die formale
Unabhängigkeit vom norddeutschen Bunde gewährleisten würde; die nationale
Partei wird angesichts der Unmöglichkeit auf einen nahe bevorstehenden Ein-
tritt des Südens zu rechnen, keinen Grund haben, eine Institution zu be-
kämpfen, welche, wenn sie überhaupt lebensfähig bleiben soll, in die Noth-
wendigkeit versetzt sein wird, die ihrer Obhut anvertraute Armee, dem preu-
ßischen Muster möglichst anzunähern. Nothbehelfe dieser Art haben wenigstens
den Vorzug, die gegenwärtige Lage in ihrem wahren Lichte erscheinen zu
lassen und denen, die überhaupt ein nationales Gewissen haben, dasselbe dafür
zu schärfen, daß der Nichteintritt des Südens in den Nordbund ein wider-
natürlicher Zustand, ein Verhältniß ist, das, wenn es auch noch zwanzig Jahre
lang dauert, nie eine innere Berechtigung gewinnt und gewinnen kann,
sondern bleibt, was es vom Anfang an gewesen, ein Symbol partikularisti-
schen Eigensinns und landschaftlicher Beschränktheit. Daß der gemäßigten,
an die Regierungen angelehnten süddeutschen Fraktion, deren wir oben er-
wähnten, mindestens ein dumpfes Gefühl davon übrig geblieben ist, daß die
süddeutsche Separation einen Verrath an der nationalen Sache involvirt, das
bezeugt die Zähigkeit, mit welcher jene Gruppe an dem alten, heute sinnlos

gewordenen Schlagwort festhält: „Wir haben die Aufgabe zwischen Norddeutschland und Oesterreich zu vermitteln.“ Ganz abgesehen davon, daß von einer solchen Vermittlung ernstlich und nachdrücklich nur die Rede sein könnte, wenn die Süddeutschen als Bundesmitglieder in Fragen deutscher Politik mitzusprechen hätten, steht die Sache so, daß die Zurückhaltung des Südens der Hauptfactor ist, mit welchem Preußens östreichische Feinde rechnen. Der süddeutsche Separatismus macht der gegenwärtigen östreichischen Regierung, sobald er offene Sprache führt, fortwährend Vorwürfe, wegen seiner Abwendung von inneren deutschen Fragen und eine „Vermittlung“ existirt thatsächlich nur auf dem Blatt Papier, auf welches das sogenannte großdeutsche Programm geschrieben ist. In keiner der Phasen, welche das Verhältniß zwischen Oestreich und Preußen seit dem Sommer 1866 durchgemacht hat, ist von Einflüssen süddeutscher Regierungen überhaupt die Rede gewesen, die feierlich übernommene „Vermittlung“ hat es nicht weiter gebracht, als zu Hurrahrufen, die auf Schützenfesten ausgestoßen wurden, wenn ein östreichischer Bruder begeistert ausgerufen hatte. „Das ganze Deutschland soll es sein.“ Wer mit den Traditionen und mit der Zusammensetzung der süddeutschen Diplomatie bekannt ist, der muß wissen, daß sie zu wirklicher „Vermittlung“ weder das Zeug noch den Beruf hat und daß sie ihre Wege anderswo hinführen als nach Berlin oder in das Wien von heute. Daß die Vermittlung zwischen Oestreich und Preußen Süddeutschlands specieller Beruf sei, ist eine jener hergebrachten Phrasen, welche nur noch gebraucht werden, wenn keine anderen bei der Hand sind und die schon seit lange keinen Sinn mehr haben.

Wenn von den verschiedensten Seiten versichert wird, daß die Beziehungen zwischen den beiden ehemaligen deutschen Großmächten sich neuerdings gebessert haben, so ist das nicht den Einflüssen Dritter, sondern wesentlich dem Umstande zuzuschreiben, daß die wachsende Möglichkeit einer Lösung der inneren Schwierigkeiten, an denen Oestreich krankt, das Friedensbedürfniß der östreichischen Staatsmänner consolidirt und die Einsicht befestigt hat, daß es keinem der europäischen Großstaaten so ernsthaft und ehrlich um Erhaltung des Friedens zu thun ist, wie dem preußischen. So lange die alten Traditionen in der Hofburg das Wort führten, war Regel, daß die Arbeit an der Heilung der inneren Schäden des Reichs nur so weit betrieben wurde, daß man den Kopf über Wasser bekam; war der dringendsten Noth abgeholfen, so nahm man wieder das ehrgeizige große Spiel auf, durch welches man an den Rand des Abgrundes gerathen war. Einen größeren Fortschritt kann die östreichische Staatskunst nicht machen, als wenn sich an den bisherigen Resultaten nicht genügen läßt, sondern weiter zu arbeiten sucht und zu diesem Zweck auf auswärtige DiverSIONen dauernd verzichtet. In diesem Sinn

muß die Erhaltung und Weiterentwicklung der guten Beziehungen zu Preußen, eine der Hauptaufgaben des österreichischen Liberalismus sein. Ueberblickt man die Aufgaben, welche noch vor dem eisleithanischen Cabinet stehen, so möchte man glauben, daß noch Friedensarbeit für viele Jahre aufgehäuft liegt. Allein die Lösung des Concordats hat die Masse der auf dem Staat liegenden Verpflichtungen mächtig vermehrt. Der Sturm der Priesterpartei scheint glücklich überstanden zu sein, die Donner der päpstlichen Allocution sind machtlos verhallt, die Bischöfe beginnen eine maßvollere Sprache zu führen, die Gemeindevertretungen machen sich allenthalben anheischig, die Regierung zu unterstützen — von Maßnahmen zur Ermöglichung einer vom Staat geleiteten Volkserziehung ist aber noch nichts zu hören. Bis diese gehörig organisiert und in Gang gebracht ist, kann ein halbes Menschenalter vergehen. Inzwischen haben die Schwierigkeiten, welche das Gezeuthum der Regierung bereitet, immer größere Dimensionen angenommen und in den übrigen slavischen Ländern der Monarchie, gewinnt das Geschrei nach Gleichstellung der Slaven mit den Magyaren immer zahlreichere Anhänger. Die Taktik der Tschechen begnügt sich vor der Hand noch damit, für die böhmische Krone Selbständigkeit zu verlangen; man stützt sich mit diesem Verlangen aber nicht sowohl auf ultramontane und aristokratische Gevattern — diese werden sogar mit geflissentlicher Zurückhaltung behandelt — als auf das Recht der tschechischen Nationalität und deren Bedeutung, als Führerin des Westslaventhums. Während es den Magyaren gelungen ist, wenigstens Croatien zufrieden zu stellen und die Grundlagen einer vorläufigen Verständigung mit dem dreieinigem Königreich festzusetzen, machen Slovaken und Ruthenen aus ihrer Unzufriedenheit mit den neugeschaffenen Zuständen kein Hehl; namentlich die letzteren treten mit ihren Sympathien für Rußland immer offener hervor und geben deutlich zu verstehen, daß sie von dem nächsten Zusammenstoß im Orient zugleich eine gewaltsame Umwälzung der galizischen Verhältnisse erwarten. Besonders böses Blut hat es gemacht, daß der päpstliche Nuntius am wiener Hof sich auf polnisch-katholische Einladungen hin nach Lemberg begeben hat, um die Canonisation des Märtyrers Kunzewitsch (der, wie das Ruthenenjournal „Slowo“ behauptet, bloß wegen seines Russenhasses zum Heiligen gemacht wurde) mitzufeiern. Die panslawistischen Organe suchen den Glauben auszutreiben, daß Herr v. Beust es mit seinem Kampf gegen die klerikale Partei keineswegs ernsthaft meine, sondern Willens sei, dem Ultramontanismus die griech.-orthodoxen und unirten Slavenländer als Entschädigung für die Einbußen in Deutsch-Oestreich preiszugeben.

Es ist ein wunderbares Zusammentreffen, daß der Kampf des eisleithanischen Cabinets gegen die Ansprüche der Curie mit den Festen zusammengefallen ist, welche das Gezeuthum zu Ehren seines nationalen Märtyrers Fuß feiert. Zielt die Tendenz dieser Feste auch wesentlich darauf ab, die Aufregung in Permanenz zu erhalten, welche durch die Feier des Museumsjubiläums und des Palazkytages in Prag hervorgerufen ist, und steht der politische Charakter derselben, auch dem religiösen beträchtlich voran, so hatten dieselben doch die Wirkung gehabt, welche die der feudal-klerikalen „Vaterlandspartei“ sonst zu Gebote stehenden Kräfte beträchtlich zu vermindern. Nicht nur, daß die böhmischen Bischöfe eine sehr viel maßvollere Sprache gegen das Ministerium führten, als die meisten ihrer deutschen Collegen, das gesammte böhmische Volk hat dem Kampf um die Einführung der neuen Gesetze, soweit dieselben die Kirche betrafen, ziemlich indifferent zugesehen. Die in das russische Interesse gezogenen panslawistischen Organe der Tschechen sind eifrig bemüht, die früher ziemlich lebhafte Verbindung mit der klerikalen Partei

zu lockern und der Ton, in welchem die Bulle „Aeterni patris“ redet, ist ihnen dabei wesentlich zu Hilfe gekommen.

Der Zeitpunkt für den Erlaß dieser Bulle, welche das nächste öcumenische Concil zum December nächsten Jahres einberuft, scheint übel gewählt zu sein. In Oestreich ist dieselbe fast gleichzeitig mit der päpstlichen Allocution über die Antaftung des Concordats eingetroffen und schon aus diesem Grunde mit einer Erbitterung aufgenommen worden, welche Miene machte zu förmlichem Haß gegen den gesammten Katholicismus auszuarten; die Lage der außerösterreichischen deutschen Anhänger des Ultramontanismus ist so bedrängt, daß diese den Glauben zu verbreiten suchen, das protestantische Preußen werde sich zum Hort der Katholicität aufwerfen und daß specifisch-katholische Stimmen laut geworden sind, welche für die Sache des Nordbundes eintreten und von allen guten Katholiken offenen Bruch mit der Sache des abtrünnig gewordenen Oestreich verlangen*); in Italien hat der Staat alle Mühe, die alte Kirche gegen die Rohheit und den Unmuth eines wider die Priesterherrschaft maaflos erbitterten Volks zu schützen, in der slavischen Welt gilt es für selbstverständlich, daß jeder Bürger des panslavistischen Zukunftsreichs zugleich Feind des Oberhauptes der occidentalen Kirche ist, in Frankreich muß die Regierung sich zu gallicanischen Grundsätzen bekennen, um nicht ihre gesammte römische Politik verurtheilt zu sehen, die Katholiken Irlands haben allen Grund die versöhnlichen Tendenzen des Parlaments zu schonen und sich nicht durch all zu lebhaftes Sympathien mit den herrschsüchtigen Plänen Roms zu compromittiren. Auch die weltliche Herrschaft des Papsts, welche noch im November v. J. für längere Zeit gesichert schien, hat inzwischen Schlappen erfahren. Aus den gallicanisch anklingenden Reihen, welche Herr Baroche im Corps législativ führte, ließ sich die Verstimmlung der französischen Regierung über die starre und undankbare Haltung des Papsts ziemlich deutlich heraus hören und wenn nicht Rücksichten auf die Nothwendigkeit klerikaler Unterstützung bei eventuellen Neuwahlen obgewaltet hätten, — der kaiserliche Minister hätte vielleicht noch deutlicher geredet. In der päpstlichen Armee nehmen die Desertionen der Souaven unaufhörlich zu und der Besuch, den der heilige Vater dem kanzlerschen Feldlager abstattete, war von so peinlichen Eindrücken begleitet, daß dieses aufgelöst und die Armee in ihre alten Garnisonsplätze zurück verlegt wurde. — Von Zeit zu Zeit tauchen immer wieder Gerüchte auf, welche einen neuen Handstreich Garibaldi's gegen die ewige Stadt ankündigen und von geheimen Bureaus zur Anwerbung von Freischaaren berichten. Wenn die Stalkäner ihren Vortheil recht verstehen, so werden sie sich hüten, der Curie durch ein solches Unternehmen neues Blut in die Adern zu gießen und der Graf Menabrea wird aus den Erfahrungen des vorigen Jahres genug gelernt haben, um die Grenzen des Patrimoniums besser zu bewachen, als sein Vorgänger Urban Katazzi. Das gegenwärtige Italien muß den Zusammensturz des Kirchenstaats abwarten, demselben gewaltsam ein Ende zu machen, ist es seit lange nicht mehr in der Lage. Die Trostlosigkeit der inneren Zustände Italiens hat sich gerade in letzter Zeit zu deutlich manifestirt, um gewaltsame Erschütterungen irgend welcher Art Politiker wünschenswerth zu machen, die über den kommenden Morgen herauszusehen vermögen. Alle

*) Wir verweisen in dieser Beziehung auf das „Offene Sendschreiben an die Ultramontanen Baierns und Süddeutschlands. Von einem süddeutschen Ultramontanen“ (München 1868) und den Aufsatz „das Verhältniß von und zu Oestreich“ (Histor. polit. Blätter Bd. 62, S. 1 S. 78 ff.)

Versuche der Anarchie Siciliens zu steuern sind vergeblich geblieben, in Neapel gewinnen die bourbonischen Umtriebe an Kühnheit und Nachdruck und in Mittel- und Norditalien hat das Treiben der revolutionären Secten eine Höhe erreicht, die an die ersten Zeiten Carlo Albertos und die Jugenderlebnisse Massimo d'Azeglios erinnern. Lamormoras thörichter Versuch, die italienische Nationalität gegen Preußen aufzustacheln und die preußische Darstellung des italienischen Feldzuges von 1866 zum Gegenstande einer Interpellation zu machen, hat endlich Italiener und Nichtitaliener daran erinnert, daß alle Versuche des jungen Staats zur Selbsthilfe, seit dem Tode Cavour's zu Niederlagen geführt haben. Wären wir es nicht gewohnt, Zustände Jahre lang fortvegetiren zu sehen, deren Unhaltbarkeit und bevorstehende Auflösung zwanzig Mal mit unwiderleglicher Logik nachgewiesen worden war — es läge die Annahme nahe, die neugeschaffene italsche Einheit habe die längste Zeit gelebt. Würdelosigkeit und Unselbständigkeit in der auswärtigen Politik, finanzielle Nothe, die trotz Zinsreduction und Mahlsteuer täglich zunehmen, Mißstimmung, politische Morde und Anarchie im Innern, Apathie, Rath- und Hoffnungslosigkeit bei den besten Patrioten, das ist seit bald vier Jahren die Signatur des Staats, dessen Wiedergeburt in ganz Europa mit sympathischem Jubel begrüßt wurde, dessen Beispiel das politische Leben Deutschlands aus zehnjährigem Schlummer erweckte.

In Frankreich gehen die Verhandlungen des gesetzgebenden Körpers, der zweimal so viel Sitzungen gehalten hat, wie in irgend einem früheren Jahre, ihrem Abschluß entgegen. Nachdem es der Opposition gelungen war, aus der Debatte über die auswärtige Politik als „moralische“ Siegerin hervorzugehen und Emil Olivier's Geschick den Minister Baroche zu einer entschiedenen Aeußerung in gallicanischem Sinne veranlaßt hatte, hat die Regierung ihr Militärbudget in allen Hauptpunkten zur Anerkennung gebracht und damit den Beweis geführt, daß sie noch die Herrin der Situation ist. Selbst die geforderten Solderhöhungen für Subalterne-Offiziere, (im Gesamtbetrage von 4787481 Franken), welche die Budgetcommission um jeden Preis gestrichen wissen wollte, sind durchgesetzt worden, nachdem der Kriegsminister sich anheischig gemacht hatte, die bezügliche Summe über drei Jahre zu vertheilen. Das einzige positive Resultat, das die Opposition durchzusetzen vermocht hat, ist jene vielbesprochene Million Franken, welche durch Beurlaubungen erspart werden sollen. Als Symptom dafür, daß die Gerüchte von einer Annäherung Frankreichs an Rußland bis jetzt alles Bodens entbehren, ist noch anzuführen, daß die demokratische Polenfreunde die Verwandlung des academischen Lehrstuhls für slavische Sprache in ein Katheder für slavische Sprachen durchgesetzt haben, um ihre Nichtanerkennung der russischen Suprematie über die slavische Welt wenigstens symbolisch anzudeuten. Obgleich dieser Beschluß den Charakter einer Spielerei trägt, wird er die Wirkung haben, in Rußland böses Blut zu machen, denn die Aufmerksamkeit der moskauer Nationalparthei hat sich schon seit lange auf die Entscheidung dieser Frage gelehrter Etikette gerichtet. — Ueberblicken wir die Geschichte der letzten Sitzung des gesetzgebenden Körpers, so finden wir, daß dieselbe durch das letzte halbe Jahr so ziemlich den gleichen Charakter getragen hat. Die Opposition hatte es im Bewußtsein ihrer numerischen Schwäche von vorn herein auf geräuschvolle Effekte abgesehen und den Glauben genährt, durch diese die Unzufriedenheit der Massen schüren und die Regierung zur Nachgiebigkeit zwingen zu können. Dieser letzte Zweck ist nicht erreicht worden und was den ersteren anlangt, so wird ein Urtheil über die realen Erfolge erst nach den nächsten Wahlen möglich sein. Fast hat es den An-

schein, als sei die beste Kraft in Theaterfeuerwerken verpufft und die Scandal sucht der Pariser so reichlich genährt worden, daß diese ihre Ansprüche hinaufgeschraubt haben, und für bloße Sensationsstücke nicht mehr die frühere Empfänglichkeit zeigen. Jene parlamentarischen Scenen, in denen Minister und Oppositionsredner einander mit schönen Reden regaliren und dadurch „große“ und „unerhörte“ Aufregung in der Versammlung hervorrufen, sind nachgerade stereotyp geworden; so begierig die Kunde von denselben aufgenommen wurde, so rasch ist sie wieder vergessen. In keiner der großen, für das Wohl des Staates und seiner Bürger wahrhaft maßgebenden Fragen hat die Opposition es zu einer einheitlichen und geschlossenen Haltung zu bringen vermocht und demgemäß beruhen die großen Effecte der Oppositionsredner mehr auf der Form, als auf dem Inhalt ihrer gegen die Regierung geschleuderten Angriffe. Wenn Rouyer-Quertier gegen das Freihandelsystem zu Felde zog, in dessen Begründung andere Liberale das einzige Verdienst des zweiten Kaiserthums sahen, Thiers die Zulassung der Neugestaltung Deutschlands tadelte, welche Olivier mit den lautesten Sympathien begrüßt hatte, Favre über Unterstützung der römischen Curie, Thiers über thörichte Beihülfe zu italienischen Einheitsbestrebungen klagte, und all diese Redner gleichen Anspruch darauf erhoben für die Sache des französischen Volkes und der französischen Freiheit gekämpft zu haben, so konnte der Pariser sich wohl über die der Regierung bereiteten Schwierigkeiten freuen, daß er sich aber für die Politik der Opposition begeisterte, und dieser mit Hingebung folgte, war unmöglich. Mag es immerhin dahin gekommen sein, daß jeder Widerspruch gegen den Willen der Regierung gern gesehen und als Verdienst registirt wird, — die Taktik der Opposition hat mehr das politische Unterhaltungs- als das Freiheitsbedürfniß der Franzosen genährt. Ähnlich ist es mit der Presse zugegangen und die Regierung hat in Behandlung derselben neuerdings entschiedenes Geschick zu bekunden angefangen. Der Electeur und die Liberté werden streng bestraft, sobald man ihnen beikommen kann, die Lanterne darf ungehindert ihr Wesen treiben und seit die Franzosen im Besiz dieses cynischen Scandalblattes schwelgen, erscheint ihnen der Mangel einer wirklichen freien Presse weniger empfindlich.

Nichts desto weniger wird die Stimmung des französischen Kaisers als eine niedergeschlagene und gedrückte bezeichnet. An unbedingten Gehorsam gewöhnt, erscheint ihm der Widerspruch, der nicht nur in der Minorität, sondern auch in der loyalen Majorität gegen die meisten seiner Wünsche auftaucht, unerträglich die neuen Diener zeigen weit größere Abhängigkeit von der öffentlichen Meinung, als er sie bei den Vertrauten des 2. December gewohnt gemessen war, und die imperialische Presse hat seit dem Abfall Girardins und dem Ausscheiden des kürzlich verstorbenen Limayrac viel von ihrem Einfluß verloren. Wie wenig sich das Kaiserthum gegen die oft genug todt gesagten alten Parteien sicher fühlt, das hat seine Diplomatie in der Behandlung der neuesten spanischen Unruhen unklug genug verrathen. So wenig auch über den Charakter, die leitenden Motive und die Ziele der militärischen Verschwörung gegen das bestehende System, Königin Isabella II. und ihren Minister Gonzalez Bravo bekannt war, daß der Herzog von Montpensier direkt oder indirekt an der Verschwörung theilhaftig sei, kam Niemand in den Sinn. Die Furcht vor einer möglichen Befestigung Orleanistischer Einflüsse in Spanien hat die kaiserliche Regierung bewogen, die Ausweisung dieses Fürsten als durch das Interesse der spanischen Dynastie geboten beantragen und durchsetzen zu lassen. Ueber die spanische Bewegung ist man auch in den politischen Kreisen der pariser Gesellschaft so mangelhaft unterrichtet, daß

die Fabel von einer preußischen Intrigue zu Gunsten Montpensiers und seiner Absichten auf den Thron Frankreichs ausgesprengt und in die Zeitungen gebracht werden konnte. Die ziemlich allgemeinen gehaltenen Urtheile der Times über reaktionäre Bestrebungen des leitenden spanischen Ministers und durch diese verursachte Unzufriedensäußerungen der verschiedenen demokratischen und liberalen Partheien der clerischen Halbinsel bilden den Kern dessen, was unsere Zeitungen über die Unruhen in Spanien bringen — hinter das Wesen der Sache scheint bis jetzt Niemand gekommen zu sein. Selbst die von den verschiedensten Seiten behauptete Betheiligung Prims an den revolutionären Umtrieben ist bis jetzt noch nicht nachgewiesen und wenn die letzten londoner Nachrichten recht haben, weilt diese „Seele“ des Aufstandes noch immer auf brittischer Erde. — Während die französische Diplomatie dem lahmen Eifer der spanischen Polizei zu Hilfe kam und aufs Neue den Beweis dafür führte, daß Napoleon III. die Orleans ebenso fürchtet, wie er die Bourbons verachtet, wurde ihr nachgesagt, sie arbeite in Brüssel an dem Abschluß einer französisch-belgisch-holländischen Tripel-Alliance, die zugleich einen militärisch-politischen und einen kommerziell-volkswirtschaftlichen Charakter haben sollte. Die Independance belge brachte die ersten, ziemlich verhüllten Andeutungen über bezügliche Verhandlungen und es erscheint nicht unwahrscheinlich, daß die vorzeitige Mittheilung über dieselben den Zweck hatte, Belgien von der Verlegenheit einer definitiven Antwort zu befreien. Daß dieser neutrale Staat, den seine Interessen wie seine Traditionen auf englischen Schutz anweisen, durch ein französisches Bündniß nichts zu gewinnen, sondern bloß zu verlieren hätte, versteht sich von selbst; hat die Sache einen positiven Kern — und über belgische Angelegenheiten ist die Independance stets gut unterrichtet gewesen — so handelt es sich wahrscheinlich um einen vergeblichen Versuch, Frankreichs politischem System bis an die Rheinmündung hin, dienstfertige Unterstützung zu sichern.

In England hat die parlamentarische Maschine, trotz einer Temperatur, welche die Fruchtkörner auf dem Felde und die Nasenteppiche in den Parks verbrannte, rastlos weiter gearbeitet. Außer der Dotation für den in die Peerschaft erhobenen Sieger von Magdala hat das Parlament die Reformwahlvorlagen für Schottland und Irland, das Registrirungsgezet und die Bill über Aufhebung der Kirchensteuer angenommen und diese Beschlüsse der Volksvertretung sind bereits sämmtlich durch königliche Sanction zu Gesetzen erhoben worden. Dafür ist in Sachen der Aufhebung der irischen Staatskirche ein unvermutheter Stillstand eingetreten, wie er dem Ministerium d'Israely-Stanley nicht gelegner kommen konnte; die Lords haben der Suspensionsbill, durch welche die Krone ersucht wurde ihr Ernennungsrecht für die bischöfliche Kirche Irlands einstweilen ruhen zu lassen, ihre Zustimmung versagt und dadurch den Austrag der irischen Kirchenreformfrage für diese Session unmöglich gemacht. Die Lehre von der nothwendigen Erhaltung des dominirenden Charakters der brittischen Staatskirche ist eines der Stücke des alten Toriesprogramms, die sich noch bis in die Gegenwart erhalten haben und das Oberhaus hat seine Treue gegen die alte Doctrin von der vornehmsten Säule des brittischen Staatswesens noch einmal bewährt. Daß es sich dabei um nicht mehr als die formale Erfüllung einer Ehrenpflicht handelt und daß schon die nächste Session eine Annahme der zurückgewiesenen Gladston'schen Bill bringen kann, wird von allen Parteien anerkannt; wie wenig die irischen Drangemänner durch die conservative Haltung des Oberhauses über die Zukunft des angelsächsischen Palladiums beruhigt sind, haben sie durch die Hartnäckigkeit bewiesen, mit welcher sie jede Gelegenheit dazu aus-

beuteten, sich als die herrschende Klasse zu geriren, den Katholiken das alte „Vae victis“ in die Ohren zu rufen, und den Frieden der grünen Insel durch absichtlich provocirte Kaufereien zu stören. — Einer der interessantesten Gegenstände, welche während des abgelaufenen Monats im Unterhause discutirt worden, war das Fortbestehen der consularen Gerichtsbarkeit im Orient, welche von Kennern türkischer Zustände schon seit längerer Zeit als Hauptursache des gesetz- und zuchtlosen Treibens in den türkischen Hafenstädten bezeichnet worden ist, weil sie den türkischen Gerichten und Polizeibehörden gegenüber den zahllosen fränkischen Abentheurern, welche in der Levante ihr Wesen treiben, die Hände bindet. Frankreich, das durch den Besuch des kaiserlichen Beters und den Abschluß eines Vertrages, der seine Bürger zur Erwerbung türkischen Grundbesitzes zuläßt, bewiesen hat, daß es mit der Ffordte auf dem besten Fuß steht, hätte sich ohne Zweifel den englischen Wünschen für Verzicht auf dieses Privilegiums der diplomatischen Agenten ebenso gern angeschlossen, wie Oestreich; schon der Umstand, daß man dem Souverain nicht gut vorenthalten kann, was den Vasallen zugestanden worden (in Serbien und Rumänien hat die Exterritorialität der Franken aufgehört) wäre in dieser Beziehung maßgebend gewesen. Da russischer Seits an einen solchen Verzicht aber nicht gedacht wird und die offiziellen Petersburger Blätter noch neuerdings die moralische Unmöglichkeit eines solchen hervorgehoben haben, ist es auch bei den Westmächten vorerst bei frommen Wünschen geblieben.

Im Orient scheint eine Verlegenheit die andere ablösen zu sollen. Kaum war die Ruhe auf Candia nothdürftig hergestellt, so wurde Fürst Michael von Serbien ermordet, und damit den ausschweifendsten Befürchtungen vor dem Ehrgeiz der nationalen Partei Thor und Thür geöffnet. Die Versammlung der Skupschinen ist glücklich verlaufen Fürst Milan Obrenowitsch gewählt und bestätigt, ein Regentschaftsrath von Männern der gemäßigten Partei ernannt worden, statt der gefürchteten Kundgebungen im großserbischen und panslawistischen Sinn ein Handels- und Schiffahrtsvertrag mit Oestreich eingeleitet worden — da trifft die Kunde von dem Einfall in Rumänien gebildeter bulgarischer Freischaaaren ein. Nach den spärlichen, bis jetzt vorliegenden Nachrichten hat die moldau-wallachische Regierung sich mit Entschiedenheit gegen dieses Pronunciamento ausgesprochen, verschiedene bulgarische Freischärler und den in solchen Fällen unvermeidlichen „russischen Agenten“ verhaften lassen. Ob es dabei sein Bewenden haben und Serbien dieser Behandlung der Aufständischen beitreten wird, erscheint fraglich so lange nicht festgestellt ist, ob es sich um einen bloßen Putsch oder um den Beginn eines wirklichen Volksaufstandes handelt. Seit Jahren sind Bosnien und die Bulgarei Schaupläze serbischer und rumänischer Eifersüchteleien gewesen, denn beide Staaten, leben der Hoffnung diese türkischen Provinzen für den Fall einer „Abschüttelung des Jochs der Ungläubigen“ in ihre Machtsphäre zu ziehen. Die serbischen Rüstungen, welche im vorigen Winter so viel von sich reden machten, waren wesentlich darauf berechnet, die Aufmerksamkeit der bulgarischen Häuptlinge auf Belgrad zu richten; die serbische und die rumänische Hauptstadt wetteiferten darum, die bulgarischen Flüchtlinge bei sich aufnehmen zu dürfen, welche der General-Gouverneur Mithad Pascha lieber außerhalb als innerhalb seines Regierungsbezirks zu sehen behauptete und darum unbehelligt ziehen ließ. Nimmt der Aufstand größere Dimensionen an, so werden die nationalen Dränger und Stimmer an der untern Donau sicher alle Kräfte aufbieten, um die beiden souzeränen Regierungen zum Heraustreten aus ihrer Passivität zu drängen und Rußlands Aufmerksamkeit zu erregen.

So lebhaft die russische Diplomatie auch den leisesten Bewegungen in der türkisch-slavischen Welt folgt, so gewissenhaft sie jede Gelegenheit benützt, um an die Unhaltbarkeit des Status-quo und die Dringlichkeit weiterer Concessionen an die christliche Bevölkerung zu erinnern, so wahrscheinlich es auch klingt, daß Prinz Napoleon mit der Ueberzeugung heimgekehrt ist, Frankreichs Einfluß auf die Völker des Orients sei im Schwinden — Rußlands Hauptinteresse ist im Augenblicke nicht auf äußere, sondern auf innere Fragen gerichtet. Selbst die Siege, welche den General-Gouverneur von Taschkent, Kaufmann vor die Thore Bucharas und Samarkands führten (über die Einnahme der erst genannten Stadt liegen bis jetzt übrigens noch keine officiellen Nachrichten vor) haben die Theilnahme der russischen Gesandtschaft nur oberflächlich erregt und die Mehrzahl der Moskauer und Petersburger Journale hat den Wunsch ausgesprochen, die turkestanischen Chanate wohl russischem Einfluß unterworfen, aber nicht dem Staatsverbande einverleibt zu sehen. Desto leidenschaftlicher ist der Eifer, mit welchem alle gebildeten Schichten der Gesellschaft den Wechselfällen der in Polen und Lithauen befolgten Politik zusehen. Während nämlich in Warschau alle Mittel angewandt werden, um das ehemalige Congresspolen mit dem russischen Reiche zu verschmelzen und alle Erinnerungen an die ehemalige administrative Unabhängigkeit desselben zu verbannen, im officiellen Verkehr und in den Lehranstalten ausschließlich die russische Sprache gebraucht und zugleich die gesammte Administration in russische Hände gelegt wird, ist in Wilna eine gewisse Reaction gegen das Murawjew-Kaufmannsche Regiment eingetreten. Nicht nur daß ein großer Theil der „demokratischen“ Russificatoren in das Innere des Reiches versetzt, dem Uebermuth und der Zuchtlosigkeit des verhätschelten Bauerstandes Maaß und Ziel gesetzt worden ist — der General-Gouverneur Potapow hat die bereits beschlossene Auflösung der römisch-katholischen Eparchie von Minsk rückgängig gemacht und eine allendliche Abgrenzung zwischen bäuerlichen und herrschaftlichen Grundstücken herbeigeführt und durch diese dem Adel die Möglichkeit einer geordneten wirtschaftlichen Existenz zu verschaffen gesucht. Namentlich sind Maßregeln zum Schutze der Wälder gegen bäuerliche Raubzüge ergriffen worden; der Opposition des Bauernstandes gegen diese vielfach angefeindeten „reaktionären“ Maßregeln mußte an einzelnen Orten durch Militärexekutionen begegnet werden. — Um sich für diese Verluste der „demokratischen“ Sache schadlos zu halten, ist die nationale Partei mit erneuertem Eifer über die Ostseeprovinzen hergefallen; stürmischer und rückhaltloser denn jemals früher wird die Einführung russischer Ordnungen, vor Allem eine agrarische Umgestaltung im Sinn des socialistischen Gemeindebesitzes verlangt und immer wieder darauf hingewiesen, daß nur eine rasche Russification dieses Küstenstrichs einer weiteren Ausbreitung Preußens nach Osten vorbeugen könne. — Unterdessen stellt sich mehr und mehr heraus, daß der Osten Europas auch in diesem Jahre einem ziemlich allgemeinen Mißwachs, wahrscheinlich einer Hungernoth entgegen geht; aus dem Süden, dem Norden und dem Nordwesten Rußland (Finnland allein ausgenommen) wird berichtet, daß die fortdauernde Dürre dem Getreide ebenso schädlich gewesen ist, wie den Futterkräutern und Wiesen und daß die Ernteaussichten eigentlich überall gleich traurig sind. Um das Maaß des Unheils voll zu machen, wüthet in vielen Gegenden die sibirische Rinderpest und man muß sich für den bevorstehenden Winter auf einen Nothstand gefaßt machen, wie er selbst in Rußland seit Jahrzehnten nicht dagewesen ist. — In der Thätigkeit der Legislation ist seit der Mitte des Monats eine Pause eingetreten: die Ausdehnung der neuen Justizeinrichtungen auf eine größere Anzahl innerer Cou-

vernements, die Durchsicht und Bestätigung des nunmehr veröffentlichten neuen Zolltarifs, durch welchen mindestens die Aufschläge von 1858 und 1861 aufgehoben werden, die Concessionirung neuer Eisenbahnlinien (unter denen die Petersburg-Neval-Baltisch-Porter-Bahn die wichtigste ist), endlich der Verkauf der Moskau-Petersburger Staatsbahn an die große russische Compagnie wurden in den Wochen, welche der Badereise des Kaisers vorhergingen, bestätigt. Angesichts der großen wirthschaftlichen Sorgen, welche dem russischen Reich bevorstehen, wird die auswärtige Politik desselben, trotz der kriegslustigen Sprache, welche ein großer Theil der Presse noch immer im Hinblick auf den Orient führt, wahrscheinlich noch für längere Zeit einen friedlichen Charakter tragen müssen.

Im Norden Europas ist dieser Tage eine Verbindung abgeschlossen worden, welche dem scandinavischen Nationalgefühl Aussicht auf die Verwirklichung eines seiner ältesten und liebsten Wünsche eröffnet; die einzige Tochter des Königs von Schweden heirathet den dänischen Thronerben und der Scandinavismus sieht sich bereits am Vorabend einer neuen kalmarischen Union. Ob die Entscheidung über das Schicksal Nord-Schleswigs nicht durch diese Erfüllung der dänischen Nationalwünsche ihrem Abschluß entgegengeführt oder mindestens in eine neue Phase gerückt werden wird?

Literatur.

Das römisch-deutsche Kaiserreich und der deutsche Nationalstaat v. C. Willich (Oldenburg bei Ferdinand Schmidt 1868).

Die vorliegende Brochüre, welche den Inhalt eines in größerem Kreise gehaltenen Vortrags bildet und sich rasch einer größeren Verbreitung zu erfreuen gehabt hat, zerfällt in zwei Theile, deren erster die Hauptmomente der politischen Entwicklung des römisch-deutschen Reichs bis zu den Freiheitskriegen gegen die Franzosen betrachtet, während der zweite den deutschen Nationalstaat der Zukunft zum Gegenstand hat. Dieser Abschnitt zerfällt in vier Capitel; das erste untersucht die Bildungselemente und Errungenschaften der bisherigen Entwicklung, welche einem deutschen Nationalstaat günstig sind, das zweite betrachtet Charakter und Entwicklungsgang der beiden Großstaaten Oestreich und Preußen und deren entgegengesetzte Stellung zu einem deutschen Nationalstaat; hierauf werden die Anträge zu einer neuen staatlichen Bildung Deutschlands durchgegangen, welche zwischen den J. 1849 und 1866 versucht worden; der Schluß hat es endlich mit den Hoffnungen zu thun, welche sich für günstige Entwicklung aus der im J. 1866 gewonnenen Grundlage hegen lassen. Bei der Klarheit und Präcision der Darstellung, durch welche diese Schrift sich auszeichnet, ist dieselbe entschieden zu empfehlen, namentlich für solche Kreise, denen an einem zusammenhängenden Ueberblick über die vielgewundene Geschichte der letzten Jahrzehnte gelegen ist. Hinzuzufügen wäre noch, daß der Verfasser die seiner Auffassung entgegenstehenden Anschauungen in versöhnlicher Weise behandelt und daß er — nicht Preuße ist!

Verantwortliche Redacteurs: Gustav Freytag u. Julius Eckardt.
Verlag von F. L. Herbig. — Druck von Gützel & Begler in Leipzig.